

Medienkonferenz zum Start des neuen Schuljahres 8. August 2022, 10 bis 12 Uhr, Hotel Kreuz, Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

Schulstart: Bildungsqualität in Gefahr – wie die Schule Krisen trotzen kann

Personalmangel/Personalnotstand an Schulen

Dagmar Rösler, Zentralpräsidentin LCH:

Unsere Bildungsqualität ist in Gefahr. Das neue Schuljahr startet mit einer weiteren Verschärfung des Fachkräftemangels, welcher in den Regionen mehr oder weniger stark ausgeprägt ist. Das ist wenig überraschend. Die Schulen baden aus, was die Politik zu lange versäumt hat, nämlich eine den zeitlichen Gegebenheiten angepasste Ausbildung von Lehrpersonen, eine zeitliche Entlastung sowie eine finanzierte Begleitung beim Berufseinstieg und eine Stärkung der Attraktivität und des Images des Berufs.

Noch kurz vor den Sommerferien waren in vielen Kantonen noch mehrere hundert Stellen nicht besetzt. (bspw. Kanton Bern: im Mai 2022 waren noch 500 unbesetzt). Die Suche nach Notlösungen lief auf Hochtouren, zumal die Integration von Flüchtlingsschülern das System Schule zusätzlich herausfordert. Die Problematik des Personalmangels an den Schulen ist jedoch schon vor dem Ukraine Krieg akut gewesen und wird auch weiterhin bestehen.

Selbstverständlich stehen die Kinder am ersten Schultag nicht alleine in ihren Schulzimmern, denn die Schulen und Behörden haben Notlösungen eingerichtet, die aber leider nicht immer eine angemessene oder ausreichende Qualität des Unterrichts gewährleistet. Es gibt also keinen Grund zur Entwarnung: Immer mehr Stellen mussten mit nicht oder nicht ausreichend qualifiziertem Personal besetzt werden (im Kanton Bern sind etwa 1500 von 15'000 Lehrpersonen nicht ausreichend qualifiziert. Zwei Drittel der Fachpersonen, die im Kanton Aargau in heilpädagogischen Settings arbeiten, verfügen nicht über entsprechende Qualifikationen). Dies ist eine Verzweigungstat und hochproblematisch. Denn Unterrichten ist eine anspruchsvolle und komplexe Aufgabe, die einer gründlichen Ausbildung bedarf. Wo diese fehlt, müssen die restlichen erfahrenen Lehrpersonen Unterstützung leisten. Was als Entlastung gedacht ist, kippt ins Gegenteil. Die ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer müssen nebst ihrer Arbeit zunehmend die ungenügend qualifizierten Personen aufwändig unterstützen und da und dort das Schlimmste verhindern. Ressourcen gibt es bedauerlicherweise noch immer keine dafür.

Der mit dem Personalmangel einhergehende Qualitätsverlust gefährdet die Wirksamkeit der Schule. Für den Bildungserfolg der Kinder ist dies fatal. Zudem wird auch die Chancengerechtigkeit weiter beschädigt. Alle Schülerinnen und Schüler haben das Recht auf angemessen ausgebildete Lehrkräfte, was bei den gefundenen Lösungen in zu vielen Fällen nicht zutrifft. Denn gut ausgebildete Lehrpersonen sind gerade auch für die Schulkarriere von benachteiligten Kindern unabdingbar, umso mehr, wenn sie noch besondere Bedürfnisse haben.

David Rey, président SER:

Die getroffenen Notmassnahmen müssen deshalb zwingend zeitlich begrenzt sein. Sie dürfen nicht zur Norm werden und in jedem neuen Schuljahr wiederholt werden. Eingestellten Personen, die unzureichend oder nicht ausgebildet und daher nicht qualifiziert sind, darf keine unbefristete Anstellung angeboten werden. Es muss eine Lösung gefunden werden, damit diese Leute eine Möglichkeit erhalten, sich berufsbegleitend als Lehrpersonen ausbilden zu können, sofern sie den Anforderungen, die der Beruf stellt, genügen. Ausserdem belasten Scheinlösungen wie grössere Klassen und nicht ausreichend qualifiziertes Personal die verbleibenden Lehrpersonen zusätzlich. Fatal ist es, wenn der Fachkräftemangel durch Langzeitabsenzen aufgrund von Arbeitsüberlastung oder - noch schlimmer - Kündigungen verschärft wird. Die Zahlen zum Gesundheitszustand der Lehrkräfte aus der SER-Umfrage von 2017 sind laut einer im April durchgeführten internen Umfrage leider immer noch aktuell.

Es braucht nun endlich eine nachhaltige Personalplanung für die Schulen. Dazu braucht es in den Kantonen eine solide Datenlage mit einem entsprechenden Monitoring. In mehreren Kantonen sind entsprechende Vorstösse bereits eingereicht worden.

Die bestehenden Probleme müssen endlich mittels nachhaltiger Massnahmen angegangen werden:

- Es müssen mehr Personen für ein Studium an einer PH gewonnen werden.
- Es braucht eine starke Verbindung von Theorie und Praxis während der Grundausbildung sowie eine Eignungsprüfung.
- Es braucht einen begleiteten Berufseinstieg, mit Pensumsentlastung, sonst «verheizen» wir junge Lehrpersonen und haben bereits in den ersten Jahren Austritte aus dem Beruf.
- Wir müssen für langfristiges Verbleiben im Beruf sorgen – mit attraktiven Arbeitsbedingungen, das heisst, Schutz vor zeitlicher und inhaltlicher Überlastung, anforderungsgerechten Löhnen, Weiterbildungsmöglichkeiten, mehr Mitspracherecht und Gestaltungsspielraum
- Die Aus- und Weiterbildung muss überdacht werden. Im Moment ist das laufende Projekt dazu auf Eis gelegt. Dabei wäre genau jetzt der richtige Moment gekommen, um in der Aus- und Weiterbildung Anpassungen vorzunehmen. In diesem Sinne müssen die Positionen der Kammer der Pädagogischen Hochschulen von swissuniversities, die in ihrem Bericht vom September 2021 zur Weiterentwicklung der Qualifikation von Primarlehrpersonen vorgeschlagen werden, Gegenstand ernsthafter Diskussionen unter den Sozialpartnern sein und dürfen nicht einfach beiseitegeschoben werden.
- Ausserdem ist eine bezahlte Ausbildung für Quereinsteigende notwendig, da sich diese Berufsleute in einer Zweitausbildung befinden und diese analog der Ausbildung zu Polizisten geregelt werden könnte.

Ukraine-Konflikt

Antoinette Killias, Zentralsekretärin LCH

Kaum hat im Frühjahr die sogenannte Corona-Krise eine Pause eingelegt, kam eine neue Herausforderung auf die Schulen zu. Der Krieg in der Ukraine hat viele Frauen mit Kindern und Jugendlichen vertrieben, die auch in der Schweiz Zuflucht gesucht haben.

Es ist in der Tat keine gänzlich neue Aufgabe, welche die Schulen hier zu meistern haben. Der Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die ohne Unterrichtssprache in die Klassen kommen, ist Lehrerinnen und Lehrern bekannt.

Schulleitungen und Lehrpersonen setzen gemeinsam alles daran, um innerhalb von kürzester Zeit Settings zur Verfügung zu stellen, damit ukrainische Kinder und Jugendliche sich aufgenommen und sicher fühlen, angemessen gefördert werden und so rasch wie möglich in unsere Gesellschaft integriert werden können.

Bis anhin hat es sich bewährt, auf unterschiedliche Settings zu setzen. Nicht immer ist es gut, wenn die ukrainischen Kinder direkt in die Regelklassen eingegliedert werden. Je nach Klassengrösse und Anzahl der zu integrierenden Kinder kann es auch von Vorteil sein, wenn für eine begrenzte Zeit sogenannte Integrations- oder Willkommensklassen gegründet werden, wo sie am Vormittag Deutschunterricht erhalten und am Nachmittag in den Regelklassen Kontakt mit den anderen Schülerinnen und Schülern haben.

Die Integration in die Schule bietet Kindern Stabilität, aber viele benötigen langfristige Hilfe. Traumas und Stress wirken sich auf die physische und psychische Gesundheit sowie das Sozialverhalten aus. Die Politik ist gefordert, die notwendigen Ressourcen für Schulpsychologie und Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen.

Pierre-Alain Porret, membre du bureau du comité SER

Alle in der Schweiz aufgenommenen Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung, Betreuung und Integration, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche aus anderen Krisengebieten.

Die starke und wichtige Integrationsaufgabe der Schule – gerade auch in Bezug auf die Ukraine Krise - macht besondere Anstrengungen von Seiten Bund und Kantone notwendig. Gemeinden, die gerade jetzt die Hauptlast in dieser Integrationsaufgabe übernehmen, muss durch finanzielle und personelle Unterstützung unter die Arme gegriffen werden. Auch wenn die Schule eine wichtige Scharnierfunktion innehat, darf es nicht alleine ihre Aufgabe sein, die entstehenden Anforderungen zu meistern. Darüber hinaus müssen diese Maßnahmen ausreichend sein und über einen längeren Zeitraum andauern. Sie müssen zusätzlich zu den Maßnahmen angeboten werden, die für Jugendliche vorgeschlagen werden, deren Schulbildung durch die COVID-19-Krise beeinträchtigt wurde. Die regulären Budgets für die Schule müssen daher entsprechend aufgestockt werden.

Ein weiterer Aspekt ist der Übertritt am Ende der Volksschule. Ukrainische Schülerinnen und Schüler im Berufswahlalter kommen aus einem anderen Bildungssystem. Jugendliche, die erst seit einer kurzen Zeit in der Schweiz eingeschult worden sind, haben es sehr schwierig, einen gangbaren Weg in eine berufliche Anschlusslösung zu finden. Es geht nun darum, die Jugendlichen bei der Überführung in eine weiterführende Schule oder eine Anschlusslösung in eine Berufslehre entsprechend zu unterstützen. Es braucht auch Lösungen für Spätzugezogene. Der LCH Und SER setzt sich dafür ein, dass Jugendliche ausreichend Zeit und Unterstützung für die wichtige Phase der Berufswahl erhalten.

Koordination auf nationaler Ebene

Olivier Solioz, vice-président SER

Die Schulteams haben die Coronakrise in den vergangenen beiden Jahren gut gemeistert, sind aber in Bezug auf die föderalistischen Strukturen arg an ihre Belastungsgrenze gestossen. Der Vorschlag von renommierten Politologen und Epidemiologen, für künftige Krisensituationen einen nationalen Krisenstab mit führenden Exponentinnen und Exponenten von Bund und Kantonen zu gründen, ist deshalb von den Berufsverbänden willkommen geheissen worden, sofern die Spitzenvertretungen von systemrelevanten Branchen auch einbezogen werden. Die Bildung gehört in unseren Augen definitiv dazu.

LCH und SER vertreten gemeinsam über 60'000 Lehrerinnen und Lehrer auf ganz verschiedenen Stufen. Sie sollten die Interessen ihrer Mitglieder direkt wahrnehmen und ihre Expertisen im erwähnten Krisenstab einbringen können, der dann wiederum wirksame und einheitlichere Massnahmen beschliessen und anordnen könnte.

Da die Schulpflicht den Kantonen untersteht, hätten die für die gesamte Schweiz geltenden Gesundheitsmassnahmen in den Schulen koordiniert angewendet werden müssen, da dies der einzige öffentliche Ort in der Schweiz ist, an dem nicht für alle Jugendlichen ab 12 Jahren und alle Erwachsenen die gleichen Regeln gelten. Für die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer war dies schwer verständlich. Die wirtschaftlichen und sozialen Rollen der Volksschule waren offensichtlich vorherrschend. Für SER und LCH sollte dies bei einer erneuten Krise nicht mehr der Fall sein.

Die erlebte Situation hat auch gezeigt, dass die Koordination im Bildungsbereich zwischen den Kantonen verstärkt werden muss. LCH und SER fordern die Behörden deshalb auf, rasch die gesetzlichen Grundlagen für eine verstärkte Zusammenarbeit zu schaffen. Nur mit einer verstärkten Koordination kann die Bildung in der Schweiz ihr hohes Niveau halten.

Zeit für schulisches Lernen ausserhalb der Schule

Dr. Beat A. Schwendimann, Leiter Pädagogische Arbeitsstelle LCH

Schulisches Lernen findet im als auch ausserhalb des Klassenzimmers statt. Die Verbindung von Lernen innerhalb und ausserhalb der Schule ist von zentraler Bedeutung. Lernorte ausserhalb des Klassenzimmers sind ein unverzichtbarer Bestandteil eines erfahrungs- und lebensweltorientierten Sachunterrichts. Aus Sicht von LCH und SER gehört Lernen im realen Kontext und ausserhalb des Schulhauses, wo die Welt zum Lernort wird, zur Grundbildung. Exkursionen, Lager und Schulverlegungen sind wichtig für das fachliche und überfachliche Lernen.

Gemäss der Bundesverfassung muss die Grundbildung unentgeltlich sein. LCH und SER fordern daher, dass die Schulträger die unentgeltliche Durchführung dieser Aktivitäten sicherstellen, ohne Kosten auf die Eltern abzuwälzen.

Dazu gehört auch ein tragbarer Zugang zum öffentlichen Verkehr. SER und LCH setzen sich seit mehreren Jahren für vergünstigte SBB-Billette für Schulklassen ein, damit Schülerinnen und Schüler lernen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs zu sein. Wir begrüssen, dass auf Bundesebene entsprechende Vorstösse beraten werden, damit Schulen möglichst bald von vergünstigten Tageskarten profitieren können. Aus unserer Sicht ist dies ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht ausreichend. Für LCH und SER ist nach wie vor die sogenannte «Fünfliber»-Tageskarte für Schulklassen das Ziel.

Bern, 8. August 2022 / LCH-SER